

# SA. verboten! — Die Hintergründe des Verbots

## Hitler mit dem Verbot einverstanden — Aufsturz zum Eintritt der Nazis in die Regierung

Die gestrigen Beratungen des Reichsstaatsrats endeten am späten Nachmittag mit der Annahme einer Notverordnung, durch die die nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln ab sofort verboten werden.

Es ist hervorzuheben, dass die tiefere Gründe dieser Maßnahme eingehen, notwendig zu betonen, dass die SA- und SS-Führung seit Wochen und Monaten von dem geplanten Verbot in Kenntnis gesetzt war und so Gelegenheit hatte, den ganzen Apparat der SA und SS umzustellen.

### Sturmabteilungen längst gewarnt und umgestellt

Während man noch am Tage vor dem Verbot des Noterlasses den Kampfbund der SA als den Verbotsgegner, um am nächsten Tag mit der in allen Orten erfolgenden Besetzung der Büros und der Beschlagnahme des Materials dem Reich eine entscheidende Schlacht zu liefern, war es bei SA und SS ganz anders. Ihnen ließ man lange Zeit, sich auf das Verbot vorzubereiten, und tatsächlich führten die Sturmabteilungen seit Monaten bereits eine Doppelexistenz, sind sie als „Volksportvereine“ und unter anderen Namen getarnt.

### Gemeinsame Regierung SPD- Hitler durch Verbot erleichtert

Hinter der Notverordnung verbergen sich hochpolitische Ursachen. Es mag paradox klingen, aber bleibt doch wahr: Die SA ist verboten, um die Vorbedingung des Eintritts der Nazis in die Regierung zu schaffen. Frankreich, von dessen Macht jede kapitalistische Regierung Deutschlands mehr oder weniger abhängig ist, hat nichts gegen Hitler einzubringen, besonders, seitdem er die Erfüllungspflichten gegenüber dem internationalen Finanzkapital eingegangen ist. Aber es traut den proletarischen Elementen in der SA nicht und weiß, daß, wenn Hitler durch seine praktische reaktionäre Regierungspolitik den Sturmabteilungen die große Enttäuschung bereiten wird, sie rebellieren könnten.

Vor allem aber gibt die Bourgeoisie durch das Verbot ihrem sozialfaschistischen Flügel die Möglichkeit, vor den SPD- Arbeitern die Einbeziehung der Nazis in die Regierung zu rechtfertigen. Vor wenigen Tagen hat Severing erst in Hamburg die Erklärung abgegeben, daß er „gar nicht abgeneigt“ wäre, mit den Nationalsozialisten in einer Koalitionsregierung zu sitzen. Jetzt sollen die SPD-Führer in den Stand gesetzt werden, ihren Mitgliedern zu erklären, daß nach dem Verbot die Hakenkreuzler ja gar nicht mehr so gefährlich seien.

Der beabsichtigte Eintritt Hitlers in die Regierung ist auch von höchster außenpolitischer Bedeutung. Er bedeutet die größte Verschärfung des Antijowjettismus.

### Hitler ist das Verbot willkommen

Das schmutzigste Spiel in dieser Angelegenheit aber treibt Hitler selbst. Er, der den Tag gar nicht erwarten kann, wo er in die Ministerstube gelangt, begünstigte das SA- und SS-Verbot. Er hat schon immer in schärfster Konfrontation mit den Sturmabteilungen gestanden, in denen eine ganze Reihe ehrlicher wertvoller Elemente gegen seinen kapitalistischen Kurs rebellierten. Wir erinnern an die Stennes-Revolte im vorigen Jahr, in deren Verlauf ganze Teile der SA in Norddeutschland von Hitler abfielen mit der ausdrücklichen Begründung, daß sie seine Youngpolitik nicht mitmachen könnten.

Mit Mühe und Not hat der Dämon der Sturmabteilungen können, aber ununterbrochen — das weiß jeder Kenner der internen Vorgänge in den Sturmabteilungen — gärt es in der SA. Hitler will diese unbehaglichen Abteilungen loswerden. Sie waren ihm willkommen, soweit sie Arbeiter morden, aber sie sind ihm ein Hindernis, weil bei ihnen die Erkenntnis dämmert, daß sie mißbraucht werden, weil sie von Hitler antikapitalistische Taten sehen wollen.

Es ist außerst auffällig, daß Hitler, der das Maul sonst so voll nimmt, gegen die seit Wochen bekannten und auch von uns notierten Verbotsabsichten nichts unternahm. Im Gegenteil, er hat mit Groener-Schleicher das Verbot der SA und SS vereinbart. Auch die amtliche Begründung betont, daß das Verbot den Zweck hat zu verhindern, daß die NSDAP durch die SA in die Illegalität gedrängt wird. Deutlicher kann gar nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß durch das Verbot der SA die Regierungstore für die NSDAP geöffnet werden sollen.

### Mordterror soll verschärft werden

Das heißt durchaus nicht, daß etwa der Feldzug der Hakenkreuzbanden gegen die Arbeiterklasse eingestellt wird. Ganz im Gegenteil: der Mordterror soll in den nächsten Wochen verschärft werden. Hitler wird so versuchen, die Wut der SA und SS auf die Arbeiterklasse abzulenkten, ihr dort mehr noch als bisher Schutzziele zu bieten.

Darum ist die höchste Wachsamkeit notwendig! Mit Energie gilt es schon heute, morgen und in den nächsten Tagen, den SPD-Führern entgegenzutreten, die aus dem SA- und SS-Verbot eine Waghorn machen und die in Wirklichkeit damit nur den Zeitpunkt der gemeinsamen Regierung mit Hitler, Fick und Goebbels beschleunigen wollen. Es gilt, der Demagogie der Naziführer entgegenzutreten, die einerseits das Verbot mit herbeiführten, um schneller noch ins Regierungsgeschäft zu kommen, und die andererseits das Verbot benutzen, um sich als verfolgte Gegner des Systems aufzuspielen und so ihre Anhänger massenweise weiter irrezuführen.

Es bleibt dabei: Nicht Hindenburg-Brüning-Groener-Severing

### Klagges „protestiert“ . . . und führt durch

Braunschweig, 13. April. Der Naziminister Klagges erklärt eine lange schneidende Erklärung gegen das SA-Verbot. In dieser Erklärung protestiert der Naziminister zwar gegen das „ungerechtfertigte Verbot“, sagt aber mit keinem Wort, daß er das Verbot nicht durchführen werde. Nazi-Klagges protestiert nur zum Schein und führt das SA-Verbot durch.

ding, die ja die Nazis erst in die Reichswehr aufnahmen, sind die Feinde des Hakenkreuzfaschismus, sondern nur die klassenbewußten Arbeiter. Auf ihnen allein ruht die Verantwortung des Kampfes gegen den Faschismus in allen seinen Spielarten. Sie müssen in Betrieben, Stempelstellen und Häuserblöden den roten Massenstreikorganisa-

nisieren und überall die Forderung erheben: Her mit der Aufhebung des SA-Verbots, durch das Severing der SA erst die Wachstumsmöglichkeiten verschaffte! Es lebe die rote Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei im Kampf gegen Hitler, Brüning, Groener und Severing!

# Hitler war durch Groener vorher informiert

## Hitler verfügt selbst die Auflösung der SA. — Alles Material rechtzeitig in Sicherheit gebracht

München, 13. April, nachts 12 Uhr. (Eigene Drahtmeldung.) Hitler, Stabschef Röhm und Stabschef Himmler sind am Dienstag per Flugzeug nach Berlin geflogen, wurden von Groener und General Schleicher empfangen. Zweck der Besprechung war die Auflösung der SA und SS. Bereits am Dienstagvormittag in der Zeit zwischen 9 und 12 Uhr wurde

im Braunen Haus in München sämtliches Material der SA und SS unter den Augen der Kriminalpolizei weggeschafft.

Die Straßen und Zugänge sowie das Braune Haus waren frei und nicht besetzt.

Am Mittwochabend um 6 Uhr hat die Reichsleitung der NSDAP die Auflösung der SA und SS verfügt. Erst nachdem diese Verfügung getroffen war, erschien nach 1/27 Uhr — also über eine halbe Stunde später — im „Braunen Haus“ in München die Polizei in Stärke von drei bis vier Hundertschaften der Landespolizei. Die Wach-

posten im „Braunen Haus“ wurden nach Haus geschickt. Die Polizei ist im Gebäude des Braunen Hauses geblieben.

Die Empörung der SA- und SS-Leute über den Verrat durch ihre Führer ist ungeheuer. Überall bilden sich Diskussionsgruppen, in denen die SA- und SS-Leute zum Ausdruck bringen, daß sie sich nicht verjagen lassen, weil ihre Bongen jetzt ministerreif geworden sind und keine Schutztruppe mehr brauchen. Die allgemeine Stimmung unter den SA- und SS-Leuten wird durch solche Äußerungen wiedergegeben, wie z. B.: „Nun haben wir ausgedient, jetzt werden sich unsere Herren von der grünen Polizei betwachen lassen.“

Diese Meldung aus München bestätigt nur unsere Feststellung, daß dem Verbot von SA und SS Vereinbarungen zwischen Hitler und Groener vorausgegangen sind, daß Hitler die SA und SS verraten und verkauft hat, um die NSDAP regierungsfähig zu machen. In diesem ganzen Manöver haben die SPD-Führer regen Anteil genommen.

# Vom Hakenkreuz zur roten Front

## „Der Weg Scheringers ist der Weg zu Arbeit, Brot und Freiheit“

Köln, 13. April. Der nationalsozialistische „Westdeutsche Beobachter“ teilt mit, daß der bisherige Gebietsführer der Hitlerjugend Nordwestdeutschlands, Wilhelm Kayser in Köln, aus der NSDAP ausgeschlossen ist. Der Ausschluß Kayzers wird damit begründet, daß K. „in hartem Widerspruch zur NSDAP steht, und daß seine Opposition in der Linie der ehemaligen Opposition des Hauptmann Stennes“ liegt.

Kayser selbst übergibt der Öffentlichkeit eine Erklärung, in der er betont, daß „alle seine Versuche, den Gedanken des nationalen Sozialismus vor einer Verfälschung zu bewahren, vergeblich waren“. Weiter gibt Kayser die Gründung des „Bundes revolutionärer Jugend“ bekannt, als deren Ziele er die „Zusammenfassung aller jungen Kräfte, die für eine nationale und soziale Befreiung Deutschlands eintreten“, bezeichnet.

Der Austritt des bisherigen Gebietsführers der Hitlerjugend, Kayser, aus der NSDAP, wirft ein Licht auf die sich zuspitzenden sozialen und nationalen Widersprüche in der Nazi-Partei. Zur selben Zeit, wo 13 Millionen ihre Stimme Hitler gegeben haben, wenden Angehörige der NSDAP, die es ehrlich mit der nationalen und sozialen Befreiung Deutschlands meinen, der Partei des deutschen

und internationalen Finanzkapitals, der Partei der Korruptionen am laufenden Band, ihren Rücken. Der Weg, den Kayser zunächst beschritten hat — die Bildung einer selbständigen Splittergruppe — ist ein falscher. Er muß in dem Sumpf der politischen Eigenbrödelei fäulen und hilft objektiv nur dem Hitlerfaschismus.

In Prenzlau (Mark) erklärte in einer öffentlichen Versammlung der KPD am 8. April das bisherige Mitglied der Straßengruppe Erich Götsch seinen Übertritt zur KPD. In einer schriftlichen Begründung seines Übertritts in die rote Einheitsfront betont Genosse Götsch, daß er zur Ueberzeugung gekommen ist, daß die „Revolutionären Nationalsozialisten“ nur eine besondere Filiale des Hitlerfaschismus sind. Die Erklärung des Genossen Götsch schließt mit den Worten:

„Nicht der Weg Ludins und Wendts, sondern der Weg Scheringers ist der Weg zu Arbeit, Brot und Freiheit. Nur unter dem roten Banner des Klassenkampfes unter Führung der kommunistischen Partei wird die Befreiung des werktätigen Volkes vom kapitalistischen Joch herbeigeführt.“

# Das ist Lügen-, Vorwärts!“

## Schmutziges Zusammenspiel zwischen Hakenkreuzlern und SPD.

Der „Vorwärts“ bringt seit zwei Tagen die freche Lüge von dem angeblichen Übertritt kommunistischer Funktionäre in Braunschweig zur Partei des Hitlerfaschismus. Wir sind der Angelegenheit auf den Grund gegangen.

Wir stellen fest: In Schöningen sind nicht 10 aktive kommunistische Funktionäre, die noch bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März Hitler verredet gebückt haben, zu den Nazis übergelaufen, sondern drei ehemalige Kommunisten, die schon seit Jahr und Tag nicht mehr Mitglieder der KPD sind, haben ihren Eintritt in die NSDAP erklärt.

In Blankenburg am Harz ist entgegen der Meldung des „Vorwärts“, der sich auf die dortige Nazi-Parteileitung beruft, nicht ein einziger KPD-Funktionär, nicht ein einziges gewöhnliches Mitglied der KPD zur NSDAP übergegangen. Die Hitlerpartei hatte in einem Rundschreiben zum Besuch der NSDAP-Mitgliederversammlung aufgefordert und als Röder für die Arbeiter in der Einladung mitgeteilt, daß dort 25 KPD-Funktionäre zur NSDAP überzutreten werden. Dieses Schreiben wurde auch an kommunistische Arbeiter verteilt. In der Mitgliederversammlung der Nazis mußte der Versammlungsleiter eingestehen, daß die Angaben seines Schreibens der Wahrheit nicht entsprechen. Er gab seinem Bedauern Ausdruck, daß keine Kommunisten erschienen seien. Ein einziger Kommunist war mit seiner Frau zur Versammlung gekommen, um sich einmal den Nazi-Schwärzeln von der Nähe anzusehen.

Die Nazis machten vergebliche Versuche, sie für die Partei der faschistischen Kapitaldiktatur zu gewinnen. Selbe Genossen erklärten, daß sie gar nicht daran denken, zum Hitlerfaschismus, der der Todfeind der Arbeiterklasse ist, überzulassen, sondern daß sie nunmehr mit verbopelter Energie in den Reihen der KPD gegen National- und Sozialfaschismus kämpfen werden. Auf Grund der gemeinsamen und bewußten Lügen der SPD-Presse haben selbe Genossen eine schriftliche Erklärung in obigem Sinne abgegeben.

Damit ist das gemeine, schmutzige Wahlmanöver des Lügen-„Vorwärts“ entlarvt. Die „Vorwärts“-Redakteure sind nicht einer Irreführung zum Opfer gefallen, sondern sie schafften in vollem Bewußtsein in ihrer eigenen Ungehörigkeit eine dumme, gemeine Hakenkreuzlüge aus. Kommunisten sind die Totschinder des Hitlerfaschismus! Wer führendes SPD-Funktionäre laufen — wie wir an anderen Stellen der Zeitung feststellen — von der SPD zur NSDAP über, wo sie in Ehren aufgenommen werden und wo sie ihre alte arbeiterfeindliche faschistische Politik unter dem Banner des Hakenkreuzes ebenso gut oder noch besser durchführen können, wie in der Partei der Weis, Braun und Severing.

Die Antwort auf das Wahlmanöver des Lügen-„Vorwärts“ lautet für alle Werktätigen: Am 24. April jede Stimme der Liste 4, der Liste der Kommunisten!